

Haushaltsrede 2012

Soziale Fraktion im Rat der Stadt Dorsten

Reinhild Reska

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Dorsten befindet sich in einer finanziellen Misere.

Die Kassenkredite explodieren. Bereits jetzt sind wir bei einem Stand von über 188 Millionen Euro angekommen. Wenn wir diese Aufwärtsspirale nicht stoppen, so rechnet uns der Kämmerer vor, werden wir im Jahr 2021 bei den Liquiditätskrediten die Höhe von 320 Millionen Euro erreicht haben.

So weiter machen, dürfen wir nicht mehr.

Der von der Landesregierung initiierte sogenannte "Stärkungspakt Kommunal Finanzen", welcher uns gesetzlich zur Teilnahme verpflichtet, zwingt uns zu eisernen Sparmaßnahmen. Er fordert die Erhöhung von Einnahmen, aber insbesondere die Verringerung von sogenannten freiwilligen Ausgaben.

Denn:

Die kommunalen Einnahmen decken die Ausgaben bei weitem nicht! Vom Land und insbesondere vom Bund wurden in den vergangenen Jahren den Kommunen immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne sie aber dafür ausreichend finanziell auszustatten. Das Konnexitätsprinzip wird dabei systematisch verletzt. Die Länderchefs fordern nun zu Recht

von der Kanzlerin höhere Entlastungen für die Kommunen ein (wohl auch als Preis für die Zustimmung zum europäischen Fiskalpakt). Die Übernahme der Eingliederungskosten für behinderte Menschen oder die sukzessive Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Aber notwendige Anstrengungen auf Bundesebene, höhere Einnahmen durch eine gerechtere Steuerpolitik zu erzielen - Stichwort Vermögenssteuer - bleiben aus. Dadurch könnten aber insbesondere notleidende Kommunen, wie Dorsten, erheblich entlastet werden.

Dorstens finanzielle Lage ist desolat und schwebt wie ein Damoklesschwert über uns!

Was also tun, bevor es von der Decke herabfällt?

Der hier zur Abstimmung vorliegende Haushaltssanierungsplan ist allumfassend, kein Bereich, in dem nicht Zuschüsse gekürzt oder gänzlich gestrichen werden. 210 Maßnahmen sollen uns dabei helfen, dem Desaster zu entkommen, ohne dass Strukturen unserer vielfältigen Stadt vollständig zur Disposition stehen. 25 Millionen Euro gilt es bis zum Jahr 2016 einzusparen bzw. mehr an Einnahmen zu generieren in der Hoffnung, Einrichtungen wie die Stadtbücherei, die Musikschule oder das Atlantis-Bad nicht schließen zu müssen.

Auf ein paar Punkte aus dem Maßnahmenpaket möchte ich an dieser Stelle eingehen:

Die Erhöhung der Grundsteuer B (in diesem Jahr rückwirkend auf 600 Punkte) werden alle zu spüren bekommen. Sei es als Hausbesitzer oder

aber auch als Mieter. Es wird sich schon in diesem Jahr in den Nebenkosten bzw. in dem Grundbesitzabgabenbescheid bemerkbar machen. Gebeutelt sind vor allem junge Familien, die sich so gerade eine Finanzierung für ein Haus leisten können. Auch für Menschen mit geringem Einkommen kann eine Erhöhung von vierteljährlich 100 Euro eine unüberwindbare Hürde bedeuten. Insofern finden wir es wichtig und richtig, bei der Grundsteuer B nicht noch über 825 Punkte hinauszugehen.

Auch in den Bereichen Kultur und Sport werden unsere Bürgerinnen und Bürger tiefer in die Tasche greifen müssen: So steigen – wenn auch moderat - die Gebühren für VHS-Kurse und die Eintrittsgelder für kulturelle Veranstaltungen sowie die Benutzungsgebühren in den Sporthallen. Hinzukommen Einsparungen bei den Zuschüssen zur Förderung von Vereinen und Initiativen.

Aufgabenbereiche also, die zu den Kernbereichen einer lebenswerten Stadt gehören. Sportvereine und Jugendeinrichtungen leisten eine wertvolle und notwendige Arbeit im präventiven und integrativen Bereich. Demzufolge sollten Ausgaben dafür eigentlich zur Pflichtaufgabe der Kommunen zählen und vom Bund – auch in finanzieller Hinsicht - entsprechend gewürdigt werden. Steigende Kosten, etwa für Heimunterbringungen sowie Transferleistungen als Folge eines Scheiterns in der beruflichen Entwicklung, könnten die Folge sein. Da kommen die Gebührenerhöhungen für Kitaplätze und offene Ganztagschulen sowie die Streichung des Schülerspezialverkehrs erschwerend hinzu.

Aus unserer Sicht ist die Modifizierung der Geschwisterkinder-Regelung vertretbar und sozial. Sie bedeutet ja nichts anderes, als dass immer nur der Beitrag für ein Kind in der Kita und der OGS entrichtet werden muss.

Die lineare Erhöhung der Elternbeiträge um 1,5 % sowie die Dynamisierung sind durchaus moderat. Allerdings ist die Beitragsgrenze für Eltern mit einem geringen Einkommen bei 17500,- Euro im Jahr sehr niedrig angesetzt. Hier wäre eine Erhöhung durchaus angebracht. Das Betreuungsgeld wird dazu führen, dass gerade Kinder aus diesen Einkommensschichten keine Kita mehr besuchen werden. „Wir wollen kein Kind zurücklassen“ ist ein wohlfeiles Zitat unserer Landesmutter. In armen Kommunen leider nicht zu gewährleisten.

Die Abschaffung der Studiengebühren in NRW war und ist eine richtige Entscheidung der Landesregierung, die wieder ein wenig Hoffnung gibt, Kindern ab der Kita einen kostenfreien Zugang zu Bildung sicher zu stellen.

Der zu verabschiedende Haushaltssanierungsplan wird auch gravierende Einschnitte beim Personal in unserer Verwaltung erfordern. Bereits in der Vergangenheit sind eine Vielzahl von Arbeitsplätzen „weggefallen“, weil die frei gewordenen Stellen nicht wieder besetzt wurden. Betriebsbedingte Kündigungen waren bisher kein Thema und werden es hoffentlich auch zukünftig nicht sein. Wir müssen uns allerdings die Frage stellen, wie viel Mehrbelastung für Angestellte in unserer Stadt noch zumutbar ist. Die Arbeitsverdichtung in einzelnen Abteilungen ist evident. Beförderungen hingegen fanden in der Vergangenheit nicht mehr statt. Das hat nicht nur zur Folge, dass die Motivation sinkt, sondern auch krank macht. Die Verwaltung hat hierbei eine große Verantwortung: Gut ausgebildetes Personal vorzuhalten und qualitative Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu erbringen. Doch wie soll das auf Dauer funktionieren, wenn

immer mehr Personal abgebaut wird, oder „gute Leute“ abwandern, weil sie in der Verwaltung keine Zukunftsperspektiven haben?

Trotz der großen finanziellen Probleme hat Dorsten auch mit Blick auf die letzten Jahre einiges bewirken können. Hierbei hat die Verwaltung, wie wir finden, ausgezeichnete Arbeit geleistet.

„Soziale Stadt Hervest“ und das „Jugendzentrum“, „Fürst Leopold“, um nur einige der Highlights zu nennen, sind in unserer sonst so gebeutelten Stadt auf den Weg gebracht worden.

Auf einem guten Weg befinden wir uns auch in puncto Schulentwicklungsplanung. Die Soziale Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass der auf Landesebene gefundene Schulfrieden in Dorsten Einzug gehalten hat. Alle Fraktionen sitzen im Arbeitskreis „Schulentwicklungsplanung“ mit der Verwaltung an einem Tisch, um fraktionsübergreifend bestmögliche und zukunftsfähige Lösungen mit zu erarbeiten. Denn das Sinken der Schülerzahlen stellt uns vor große Herausforderungen, auch im Hinblick auf die Erhaltung von Schulstandorten. Den Elternwillen vorausgesetzt, wird die Verwaltung die Implementierung einer Sekundarschule auf den Weg bringen. Eine Sekundarschule hat den Vorteil, dass kein Kind, auch wenn seine Leistungen schwanken, die Schule verlassen muss. Mit einer Sekundarschule wären wir der Bildungsgerechtigkeit ein Stück weit näher gerückt.

Meine Damen und Herren,

trotz der durchaus kritischen Bewertung zu Teilen des Maßnahmenpaketes wird die Soziale Fraktion, wie bereits angekündigt, dem Haushaltssanierungsplan und auch der Haushaltssatzung nebst Anlagen zustimmen. Eine Herzensangelegenheit ist diese Entscheidung für uns nicht. Denn dieser Haushaltssanierungsplan, mit all seinen Maßnahmen, hat für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einschneidende Konsequenzen zur Folge. Zu spüren bekommen das in besonderer Weise Menschen mit geringem und auch mit mittlerem Einkommen. Dennoch halten wir diese Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt und unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen für unumgänglich und verbinden damit die Hoffnung, wieder handlungsfähig zu werden. Denn ein Zurückdrängen der Kassenkredite ist zwingend erforderlich. Bleibt aber eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen aus, dann steht die Zukunft unserer Stadt weiter auf dem Spiel.

Die Rettung des Euro darf nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden. Denn wie können Sparmaßnahmen den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt noch vermittelt werden, wenn auf der anderen Seite Gelder in schwindelerregender Höhe für die Folgen eines nicht mehr nachvollziehbaren Zockertums bereitgestellt werden? Wie sollen wir Kommunalpolitiker erklären, dass uns aber für die Durchführung von kommunalen Aufgaben das Geld an allen Ecken und Enden fehlt?

Dazu fällt mir zum Schluss ein Zitat vom Philosophen Popper ein, der einmal sagte: „Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.